

EXTRABLATT

Österreichs illustriertes Magazin für Politik und Kultur

BILD

Österreich

Unser!

Hurra!

UNABHÄNGIG



München/Wien (dpa) – F. J. Strauß hat versprochen: „Wir werden auf Österreich nicht vergessen!“ BILD hält Wort. Wir haben keine Mühen und Kosten gescheut, eine Redaktion BILD Ostmark einzurichten. Die Redaktion – W. Maier, R. Wiesner und H. Leopold (vormals EXTRA-BLATT) – schwört: „Wir sind nicht zu klein zum Überleben!“ Auf Seite 5 sind Sie mit dabei!

Kanzler Kreisky (Wien): „SPÖ garantiert Freiheit Österreichs!“ Kanzler Schmidt (Bonn) weiß mehr ...

Der alte und der neue Anschluß

In Farbe: Der neue Kurdenkrieg

Steinhof von innen

Österreich

Anschluß 1978: Heute gehört uns Österreich . . .	5
Anschluß 1938: Das Tor stand offen	12
EXTRABLATT-Gespräch mit dem Zeitgeschichtler Norbert Schausberger	14
Dokumente: . . . bist du großer Söhne	16
Kärnten: Heiteres Schulleben	27
Geisteskrankenkartei: Erfaßt und nicht mehr losgelassen	28
Menschenrechte: Entwicklungsland Österreich	35
Kardinalslektüre: Segen nach rechts	38
Steinhof von innen: Die räudigen Brüder	56

Wirtschaft

Fohnsdorf: Das letzte Schlagwetter	20
Drucktechnologie: Ein Obergautscho reitet	30
Arbeitswelt: Zeitungskolporteuere in Wien	32
Mediengeschäfte: Leo Kirch schlug wieder zu	36
Bilanz	40

Ausland

Jiří Hájek über den Prager Frühling: Wie es begann	41
EXTRABLATT-Gespräch mit Georges Habasch	42
Russel-Tribunal: Angeklagt – die BRD	44
Frankreich: Wahlhektik in der Endrunde	46
Spanien: Vallecás und kein Ende	48
Bucharin-Todestag: Bereichert Euch!	50
Taiwan: Bauer im Spiel der Mächtigen	52
Die Kurden kämpfen wieder	74

Kultur

Literaturförderung: Eine Stadt kehrt zurück	39
Frauen im Hollywoodfilm: Vamp & Vamperl	59
Alfred Hrdlička: Das philosophierende Auge	63
Bücher: Johannes Dantine über Ulrich Dannemann: „Theologie und Politik im Denken Karl Barths“	67
Rezensionen	68
Architektur: Hollein baut in Wien	69
Forum Metall: Bestand gesichert	70
Schaaf: Theater muß Abenteuer sein	84
Elfriede Hammerl über „Das Haus am Eaton Place“	86
Spectrum	94

Literatur

Gustav Ernst: Wird der ORF linksradikal?	81
Eduardo Galeano: Wenn die Erde aufsteigt	89
Christian Wallner: Freund und Feind	92

Satire & Cartoons

Stefan Weber: Der Anschluß	18
Franz Schuh berichtet über den 30. Wirtschaftsbund-Ball	33
Gerhard Zwerenz: Wie der Abgeordnete Zimmermann verschwand	62
Pibers EXTRABLATT	73
Much aus Argentinien: Neues aus dem Strafraum	93



EXTRABLATT-Korrespondentin Renate Possarnig sprach mit dem PFLP-Chef Georges Habasch über die Haltung der Palästinenserorganisationen nach den neuen Entwicklungen im Nahostkonflikt – Seite 42

Kommentare und Kolumnen

Anton Pelinka:	Der Anschluß in uns	11
Theodor Prager:	Die AKW-Informationskampagne des ÖGB	26
Elisabeth T. Spira:	Eine Art Weiberkolumne	38
Kurt Lüthi/		
Hanna Schnedl-Bubenicek:	Sprachexperimente – gesellschaftlich im Eck?	54
Thomas Rothschild:	Kontrapunkt	55

Rubriken

Briefe & Reaktionen	4
Impressum	12
EXTRA-Buch	66
Schallplatte des Monats	68
EXTRA-Rätsel	92

Wien, 2. März 1978

Betrifft:**Kurdenkrieg, Zeitgeschichte**

Als der ORF-Redakteur Ferdinand Hennerbichler im März des vergangenen Jahres auf Einladung der dortigen Regierung im Irak weilte und von der vorgesehenen Besichtigungstour abwich, um sich ein Bild von der Lage in Kurdistan zu machen, reagierten die Behörden in Bagdad böse: Man beschlagnahmte seine Tonbandaufzeichnungen. „Le Monde“-Korrespondentin Chris Kutschera kam letzten Sommer gar nicht erst bis Kurdistan durch. Wie ihr ging es bereits etlichen Reportern: Die Regierung in Bagdad und deren Botschafter im Ausland versichern eifrig, im irakischen Teil Kurdistans herrsche totale Ruhe – und bemühen sich nach Kräften, eine Überprüfung dieser Behauptung zu verhindern. Auch Amnesty International und Kommissionen der Liga für Menschenrechte ist es bislang nicht gelungen, vor Ort Überprüfungen anzustellen: Einer kam nun trotzdem durch – EXTRABLATT-Reporter Gerhard Melinz schaffte es auf Umwegen, in die kurdischen Berge zu gelangen. Dort hielt er sich sechs Wochen lang bei der dortigen Guerilla auf, die der irakischen Armee wieder einen blutigen Kampf liefert. Und wohl als erster Journalist interviewte er dort den neuen Chef des kurdischen Widerstandes, Jela Talabani, in Kurdistan selbst. Bislang war Talabani immer nur in verschiedenen Exilorten für Auskünfte zur Verfügung gestanden.



EXTRABLATT-Reporter Gerhard Melinz mit Jela Talabani

Daß der neue Kurdenkrieg in der Weltpresse eigentlich nicht vorkommt, liegt freilich nicht nur an der irakischen Abschirmtaktik. Seit der nun im US-Exil sitzende ehemalige Kurdenführer Barzani, der sich von Persiens Schah und Amerikas Kissinger auf zynische Weise verschaukeln ließ, bei den Kurden nicht mehr gefragt ist, ist auch der Kampf der Kurden bei der westlichen Presse nicht mehr gefragt. Ein Grund mehr, ausführlich darüber zu berichten (Seite 74).

*

Daß der Zeitgeschichteunterricht in den meisten österreichischen Schulen eher der Desinformation als der Information dient, scheint evident zu sein. Und was üblicherweise in Zeitungen an zeitgeschichtlichen Beiträgen erscheint, kann wohl nur als konsequente Voraussetzung dieser Praxis gesehen werden. Kompetente Leute zu zeitgeschichtlichen Themen zu Wort kommen zu lassen schien uns also insbesondere anlässlich des Jahrestags des Anschlusses geboten zu sein. Mit dem Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Klagenfurt, Norbert Schausberger, und Karl Stuhlpfarrer vom Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien meinen wir diese kompetenten Autoren bzw. Interviewpartner gefunden zu haben (Seite 12 und 14).

ACHTUNG!**WIR SIND ÜBERSIEDELT!**

Die neue EXTRABLATT-Adresse:

1051 Wien, Margaretenstraße 96

Telefon 55 45 08/09/00

Nicole Schmidt über das Problem der „Geisteskrankenkartei“:



Pavillon auf der Baumgartner Höhe („Steinhof“): Nach ihrer Entlassung bleiben die Patienten ein Leben lang als „Irre“ registriert.

LEBENS LÄNGLICH

In einem Hinterzimmer der Bundespolizeidirektion am Wiener Schottenring entscheidet sich täglich das Schicksal etlicher Wiener. Seit den fünfziger Jahren wurden hier 150.000 Wiener in der sogenannten „Geisteskrankenkartei“ erfasst, weil sie „auffällig“ geworden waren – psychisch „auffällig“. Zieht man von dieser Zahl die inzwischen Verstorbenen ab, so bleiben noch immer ein paar zigtausend Personen, die hier ihr Leben lang registriert bleiben.

Tilgung gibt es keine. Selbst wer irrtümlich in die Psychiatrie eingeliefert wird, hat keine Möglichkeit, sich aus der G-Kartei streichen zu lassen.

Und in einer Gesellschaft, die Geistesranke für die niedrigste Menschenstufe hält, bringt die Tatsache, in einer „Kartei der Irren“ aufzuscheinen, eine Menge

Probleme und Diskriminierungen mit sich. Man kann nicht pragmatisiert werden, nicht in den Gemeindedienst treten – nicht einmal als Gärtner im Wiener Stadtpark – und genießt als etwaiger Zeuge vor Gericht eine geringere Glaubwürdigkeit.

Auslandsreisen sind für einen „Registrierten“ nur als Tourist gestattet. Auswandern ist nicht möglich. Diese schmerzliche Erfahrung mußte auch der Bildhauer Robert Z. machen, als er vor einiger Zeit einen lukrativen Job in den USA annehmen wollte.

Z., in den fünfziger Jahren wegen „eines nervösen Ticks“, der sich als nie behandelte Kieferverletzung herausstellte, wiederholt in psychiatrischer Behandlung, mußte unverrichteter Dinge nach Österreich zurückkehren: Als „registrierter Geisteskranker“ bekam er in den Staa-

ten keine Aufenthaltsgenehmigung.

Symptomatische Grundhaltung

In die Geisteskrankenkartei (Leodolter-Pressechefin Doktor Paula Margulies: „Aber gehn S‘, so eine Kartei gibt’s doch gar nicht!“) kommt, wer mit „parere“ in eine psychiatrische Anstalt eingeliefert wird. Die Zwangseinweisung („parere“) wird durch den zuständigen Klinikarzt, meist aber vom polizeilichen Amtsarzt ausgestellt.

Ein Durchschlag des „parere“ ergeht unverzüglich an die Führerschein- und Waffenbehörde, an den zuständigen Magistrat und an die Paßbehörde. Von zehn Personen, die in die Psychiatrie kommen, werden neun mit „parere“ eingeliefert. Mit diesen

90 Prozent Zwangseinweisungen steht Österreich im europäischen Spitzenfeld.

Der Chefarzt der Bundespolizeidirektion, Hofrat Dr. Hausstein, steht der Kartei sehr positiv gegenüber: „Die Kartei ist ein Schutz für die Gesellschaft und für die Betroffenen – und von uns erfährt ja keiner was.“ Erst kürzlich teilte Gesundheitsstadtrat Stacher freudestrahlend mit, „daß ab nun nur mehr der Polizeiartzt Auskünfte erhalten werde“.

Die Kartei – in anderen Ländern längst abgeschafft – bleibt jedenfalls bestehen und wächst jährlich um rund 6.000 Eintragungen. Wer aus irgendeinem Grund, sei es, daß er einmal wegen Trunkenheit, Ruhestörung oder auf Anzeige der Nachbarn mit „parere“ eingeliefert worden ist, muß sich erst zeitraubenden Untersuchungen und psychiatri-

schen Gutachten unterziehen – meist auf eigene Kosten –, wenn er einen Paß oder Führerschein möchte.

Die Geisteskrankenkartei ist ein Symptom dafür, psychisch Erkrankte als „unheilbar“ gemeingefährlich und kriminell zu stigmatisieren. Man hat Angst vor ihnen und möchte am liebsten nichts von ihnen hören. Diesem Trend entspricht auch die Gesetzeslage – Amtsärzte und Gerichtspsychiater erfüllen bereitwillig ihre ihnen durch das Gesetz weitgesteckten Kompetenzen und bestätigen damit die „gesunde Volksmeinung“, daß die „Irren“ ohnehin weggesperrt gehören.

Die Legislative sieht daher auch kaum Veranlassung, die psychiatrische Versorgung betreffende Gesetzeslage zu ändern. Denn Politiker wenden sich lieber populären Maßnahmen zu und sammeln Wählerstimmen – und die Geisteskranken sind eben nicht populär.

Ein bißchen Kosmetik

Die „Demokratische Psychiatrie“, eine Arbeitsgruppe junger Seelenärzte und Sozialarbeiter, bemüht sich seit einigen Monaten, die Abschaffung der G-Kartei in die Wege zu leiten.

Seit vergangenem Frühjahr läuft eine Unterschriftenaktion der „Demokratischen Psychiatrie“ gegen die „staatlichen Zwangsmaßnahmen gegen psychisch Kranke, gegen die Kartei, die in allen Bezirksverwaltungsbehörden aufliegt und die Patienten zu Menschen zweiter Wahl stempelt“. Bisher sind rund 6.000 Unterschriften abgegeben worden.

Die „Demokratische Psychiatrie“ wirft sich mit vollem Einsatz auf die Abschaffung der Kartei, vergißt dabei jedoch, daß sie damit nicht das Grundübel bekämpft, sondern nur ein Symptom der Grundhaltung von Staat und Gesellschaft gegenüber den Geisteskranken: „Wegsperrn und Aufbewahren.“

Dabei steht nach wissenschaftlichen Untersuchungen fest, „daß die Wahrscheinlichkeit, daß ein Geisteskranker ein Verbrechen gegen Leib und Leben begeht, um nichts höher liegt als die Wahrscheinlichkeit, einem normalen Verbrecher in die Hände zu fallen!“ (Gerichtspsychiater Willibald Sluga).

Obwohl die Unterscheidung



Willibald Sluga: „So kann's nicht bleiben, aber ob's ohne geht?“

zwischen geisteskranken und „normalen“ Kriminellen sicherlich problematisch ist, könnte diese Tatsache – ausreichend publiziert – mithelfen, das Vorurteil vom auf jeden Fall „gemeingefährlichen Irren“ abzubauen.

Das „Symptom G-Kartei“ – als solches kaum erkannt – wird recht unterschiedlich beurteilt. Das reicht von enthusiastischer

Zustimmung (Polizeichefarzt Hofrat Hausteint: „Eine gute und wichtige Einrichtung, bei der es kaum Schwierigkeiten gibt“) bis zur Forderung nach totaler Abschaffung.

Psychiater Sluga preschte mit einem Kompromißvorschlag vor: Man könnte vielleicht – analog zur Vorstrafentilgung – die G-Kartei-Erfaßten alle drei Jahre tilgen.

WEG MIT DER G-KARTEI



K. Neubauer

„Demokratische Psychiatrie“: 6.000 Unterschriften gesammelt ...

„So kann's nicht bleiben“, stellt Sluga fest, schränkt aber ein, „daß es ganz ohne auch nicht gehen dürfte“. Sein Allheilmittel: Es müßte mehr freiwillige Aufnahmen geben. Denn wer sich freiwillig aufnehmen läßt, wird theoretisch nicht registriert. Theoretisch. Denn in der Praxis läßt sich jede freiwillige Aufnahme in eine psychiatrische Anstalt rasch in eine zwangsweise (mit Registrierung) umwandeln, wenn der Patient über die Dauer seines Aufenthaltes anderer Meinung sein sollte.

Das Problem „freiwillige Aufnahme“ ließ auch den Konsens zwischen Psychiatern und Juristen bei der Neufassung eines Gesetzes zur Regelung der „Anhaltung in geschlossenen Anstalten“ wanken: Die Juristen regten an, die freiwillige Aufnahme überhaupt abzuschaffen, „da es juristisch unmöglich sei, sich ‚freiwillig‘ in eine ‚geschlossene‘ Anstalt zu begeben“.

„A Wahnsinn“, schäumt Sluga, „die nehmen uns das weg, auf das wir doch hinkommen müssen – weniger zwangsweise Aufnahmen! Was heißt geschlossene Anstalt – aus der eisernen Lunge kann einer auch nicht aufstehen und heimgehen, wann's ihm paßt!“

„Was solln die denn machen“, versucht Dr. Michael Leodolter, selbst Psychiater, die Ärzte in Schutz zu nehmen. „die Gesellschaft hat irrationale Angst und Vorurteile, gliedert die Geisteskranken aus – und der Psychiater soll dann Wunder wirken –, das Ganze ist ein Problem des Systems – in dem die Psychiater genauso ihre Rolle spielen müssen!“

Eine Alternative sieht Michael Leodolter in der Einrichtung ambulanter Betreuung, fliegender Teams mit Sozialarbeitern und Ärzten: „Psychiatrie ist immer auch Kontrolle – aber da ist die ambulante Betreuung der stationären wohl als das kleinere Übel vorzuziehen!“

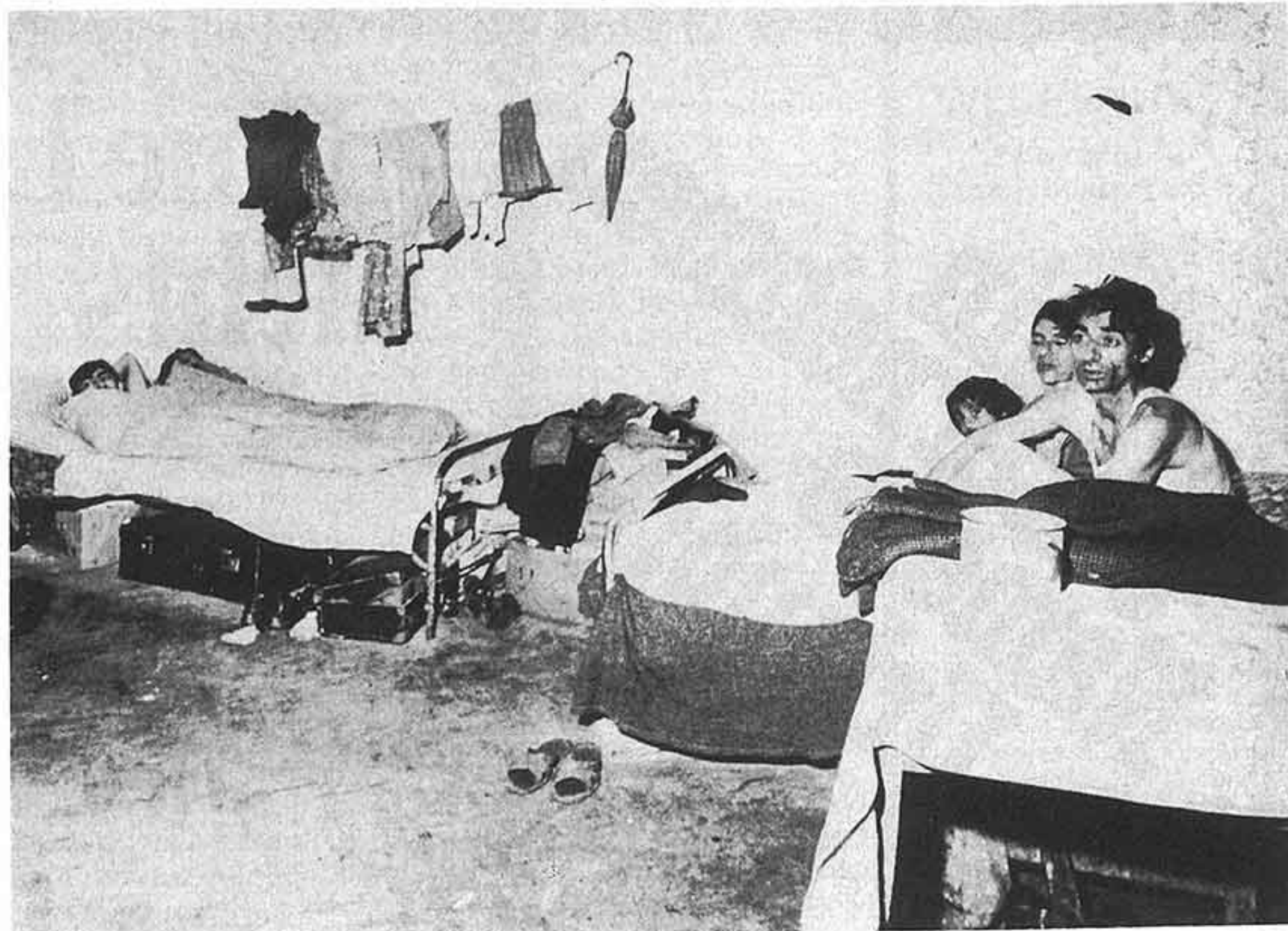
Doch für die ambulante Betreuung fehlte bislang das Geld – und oft auch die Initiative. Ambulante Betreuung könnte jedoch auch denjenigen helfen, die „Dauergäste“ in geschlossenen Anstalten sind, weil sie „keiner haben will“.

Die Auflösung der Geisteskrankenkartei ist jedenfalls nur dann sinnvoll, wenn sie Hand in Hand mit der Lösung der gesellschaftlichen Problematik der Psychiatrie geht.

Nicole Schmidt über
die Menschenrechts-
kampagne 1978:

Kein schöner Land

Die Arbeitsgemeinschaft „30 Jahre Menschenrechtsdeklaration der UNO“ legte kürzlich eine Dokumentation vor, die neben Brasilien und der ČSSR auch die Situation der Menschenrechte in Österreich unter die Lupe nimmt.



„Gäste“ in Österreich: Acht Menschen leben zusammengepfercht auf 20 m² „Wohnraum“

In Österreich gibt es zwar keine eklatanten Menschenrechtsverletzungen, aber doch Ansätze, die Grundrechte mancher Menschen zu beschneiden. Wenn man für die Menschenrechte auf der ganzen Welt eintritt, darf man auch die Situation im eigenen Land nicht ignorieren“, begründet Mag. Yvonne Waldschütz, Mitautorin der Dokumentation, die Einbeziehung Österreichs.

Waldschütz, gemeinsam mit ihrem Mann Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft 30 Jahre Menschenrechtsdeklaration der UNO“, arbeitet seit rund einem Jahr im „Zentrum für soziale und internationale Zusammenarbeit“, einem Österreichabteiler des „Internationalen Versöhnungsbundes“, dem auch Martin Luther King angehörte. Die jetzige Kampagne für die Menschenrechte, im Jänner des Jahres und in vielen anderen Staaten angelaufen, soll informieren und möglichst viele Menschen zur aktiven Mitarbeit an der „gewaltlosen Lösung von Konflikten“ motivieren.

Dr. Erwin Waldschütz: „Wir sind für den Dialog, für eine Gesellschaft, in der die Konflikte ohne Gewalt gelöst werden.“ Daher versucht man im Menschenrechtsinstitut auch, „zwischen dem Unrecht und denjenigen, die es begehen, zu trennen“.

Die österreichische Sektion von Amnesty International, „zu

der wir sonst gute Kontakt haben“ (Waldschütz), bekam für die laufende Kampagne Mitarbeitsverbot. Die Londoner Zentrale hatte abgewinkt, da eine Amnesty-Gruppe „keine Fälle im eigenen Land“ behandeln dürfe. Ein südamerikanischer Mitarbeiter einer „gewaltlosen Gruppe“ im Rahmen der internationalen Kampagne wurde inzwischen von den Behörden seines Landes inhaftiert – um den darf sich Amnesty jetzt kümmern.

... und Menschen sind gekommen

Obwohl die Menschenrechte in Österreich gesetzlich stark verankert sind und die „Europäische Menschenrechtskonvention“ Verfassungsrang hat, besitzt auch die „Insel der Seligen“ in puncto Menschenrechte keine blütenreine Weste.

Gastarbeitern, ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen wie Straftatenden oder psychisch Kranken wird nicht immer jene „Behandlung“ zuteil, die dem Gleichheitsgrundsatz aller Menschen entspreche. Derzeit arbeiten rund 200.000 Ausländer in Österreich, davon fast 70 Prozent aus Jugoslawien.

Sie werden als erste gekündigt – ungeachtet der jeweiligen sozialen

Situation schreibt das Ausländerbeschäftigungsgesetz (1975) sogar vor, Ausländer immer vor Inländern zu entlassen. Mit der Entlassung erlischt automatisch Aufenthaltsgenehmigung, Kinderbeihilfe und ähnliches. Für die Gastarbeiterkinder gibt es zu wenig Möglichkeiten, ihre Sprache in der Schule zu lernen – das führt zur grotesken Situation, daß die Kinder oft mit der eigenen Mutter kaum sprechen können, da diese nur die Muttersprache, die Kinder aber nur Deutsch verstehen.

Auch die Wohnsituation ist meist katastrophal. Im Gastarbeiterheim in der Liniengasse im 6. Wiener Gemeindebezirk müssen sieben bis acht Personen mit 20 Quadratmeter Wohnfläche auskommen und 600 Schilling pro Kopf dafür bezahlen. Wohnungsbeihilfe gibt es keine. Viele Wohnungen werden gar nicht an Ausländer vermietet.

Nach einer vor einiger Zeit gemachten Studie des „Instituts für empirische Sozialforschung“ hält immerhin jeder sechste Österreicher die „Tschuschen“ für kriminell. Und während 90 Prozent der Bevölkerung für eine Beschäftigung der Gastarbeiter sind, lehnen Herr und Frau Österreicher eine Einbürgerung der „Fremden“ zu 95 Prozent ab.

„Die Grenze zwischen einklagbarem Anspruch und einer den Forderungen der Menschenrechte entsprechenden Politik ist

nicht immer leicht feststellbar“, meint Yvonne Waldschütz. „es gibt auch Grundrechte der Menschen, die nur durch eine menschenorientierte Politik verwirklicht werden können.“ Und diese Orientierung fehlt in Österreich noch in vielen Bereichen.

Von den jährlich 6.000 Straftatenden würde etwa die Hälfte besonders Nachbetreuung und Bewährungshilfe brauchen. Wohnungsmangel, keine Arbeit und Kontaktlosigkeit sind die größten Probleme der Entlassenen. Die Gemeinde Wien und die Verstaatlichte beispielsweise nehmen überhaupt keine Straftatenden in ihre Dienste. Tatsächlich kann nur etwa jeder 20. Exhäftling mit der Unterstützung eines Bewährungshelfers rechnen.

Eine weitere diskriminierte Randgruppe stellen die psychisch Kranken dar. Das „Aufbewahren“, das „Wegsperrn der Irren“ steht nach wie vor im Vordergrund, ihr rechtlicher Status ist minimal (siehe EXTRABLATT 3/1977).

Auch das Problem der „Kärntner Minderheiten“ ist seit Jahren ungelöst.

„Aufgabe des Österreicherils unserer Dokumentation war es jedenfalls“, schließt Yvonne Waldschütz, „einer Grundhaltung zum Durchbruch zu verhelten, deren Ausdruck die totale Bekenntnis zu den Erklärungen der Menschenrechte ist!“



Elisabeth T. Spira

EINE ART Weiberkolumne

Ich habe es ihm nicht gegönnt, und doch starb er den daunenfetten Biedermannstod. Ich hab' es ihm nicht gegönnt, und doch starb er im plüsch'nen Kuckucksnest. Ich hab' es ihm nicht gegönnt, und doch entschlummerte er wattesamt hinüber: der ehemalige SS-Polizeichef von Rom und 335fache Mörder Herbert Kappler. Und noch als Toter verbreitet er den Gestank seines Henkerlebens. Noch als Toter feiert er Heil-teutsche Walpurgisnacht. Noch als Toter zeugt er im Bett von Straußens und Co. markigen Nachwuchs.

Ach wäre er endlich mausetot.

Die kalte Wachsfigur meiner Alpträume ist bestattet worden von Tausenden zackigen, bisweilen schon wackligen, doch immer noch munteren Spießgesellen.

Da sprach auch die Kirche ihren Segen am Grab des Massenmörders. Jene Kirche, die dem kleinen verzweifelten Selbstmörder das ewige Himmelreich verwehrt.

Da schied er dahin wie einer, „der nur seine Pflicht getan hat“, dieser Mörder mit selbstmitleidiger Buchhalterseele.

Und es kamen an einem trüben Montagmorgen im Februar zum Friedhof von Soltau bei Hannover jene alten und neuen Hitler-Jungen, assistiert von zweierlei Pfaffen zweierlei Religionen, und hoben den rechten Arm zum Gruß und setzten den Massenmörder bei. Da fielen gar knackige Worte aus dem tausendjährigen Reich. Doch kein Ordnungshüter war da, um die Mäuler zu stopfen, die da schrien Heil Hitler.

Und auch ein Kranz war dabei, gesandt von dem in italienischer Haft sitzenden österreichischen Kriegsverbrecher Walter Reder, den unsere kleinformatige, einst mit Gewerkschaftsgeldern finanzierte, doch längst zum alltäglichen Faschismus abgewanderte „Kronen-Zeitung“ baldigst wieder frei haben will.

Ach wären sie alle endlich mausetot.

Und schon lauert und geiert der Hitler-Wellen-Boulevard auf die rührselige Vermarktung der Kappler-Story und wird auch nicht vergessen, nochmals ganz ausführlich zu safteln, wie jener ach so arme Nazi-Schmazi nach 30jähriger Haft vom treuen Nibelungen- und Eheweib Anneliese dem Kerker entrisen und heim ins Reich gebracht wurde, um dort seinen schäbigen Krebstod zu zelebrieren. Die große „Kronen-Zeitung“-Schwester „Bild“ ergoß sich damals im triumphalen Aufmachegeheul und übersandte als erste Gratulantin dem welken Massenmörder einen frischen Blumenstrauß. Jene „Bild“-Zeitung, die in Henkersprache Todesstrafe schreit, wenn's um einen noch so kleinen Sexualmörder geht.

Da schied der Mörder von 335 Italienern dahin, jener von der braven Anneliese befreite, den die deutsche sozialliberale Regierung nicht nach Rom auslieferte, da sie sich eilends der Verfassung besann. Jene Verfassung, tausendmal durchlöchert, die mit Berufsverbot die belegt, die gegen eine Gesellschaft rebellieren, die Massenmörder wie Kappler hervorgebracht hat.

Ich hab' es ihnen nicht gegönnt, daß er den daunenfetten Biedermannstod gestorben ist. Ich hab' es ihnen nicht gegönnt, daß er im plüsch'nen Kuckucksnest gestorben ist. Ich hab' es ihnen nicht gegönnt, daß er wattesamt entschlummerte. Begleitet vom tausendjährig-stimmigen Boulevardchoral.

Ach wäre er endlich mausetot.

Kardinalslektüre:

Segen nach rechts



Segnet: Kardinal König

Die Individualität konnte sich austoben, das südländische Temperament tat das Seinige dazu. Wo die an sich überspitzt konstruierte vaterländische Aufgabe noch Hemmungen bestehen ließ, wußten sich die verbrecherischen Instinkte der Kriminellen in solchen zusammengewürfelten Haufen weitgehend durchzusetzen. So konnte die verabscheuungswürdige, hinterhältige Kampfführung Orgien feiern, zu der sich die Struktur des italienischen Raumes geradezu anbot. In kleineren Gruppen oder auch einzeln auftretend, wüteten die Banden hemmungslos“, weiß der Nazi-Feldmarschall Kesselring über den antifaschistischen Widerstand in Italien zu berichten. Mit Zitaten dieser Art ist eine neue Publikation gefüllt, deren Titel „Walter Reder – Der Gefangene von Gaeta“ lautet.

Ziel der Braunschrift: jenen Walter Reder zu entlasten, der als verantwortlicher Offizier für die Operationen der Hitler-Armee gegen die Partisanenbewegung im Raum Marzobotto und wegen der unter seiner Anleitung unter der Zivilbevölkerung dieser Gegend angerichteten Massaker nach dem Krieg zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

„Es trifft zu, daß es in Marzobotto Opfer unter der Zivilbevölkerung gab, aber nicht Deutsche, sondern Italiener haben die Waffen gegen die eigenen Leute gerichtet – gegen Nichtkommunisten, gegen Nichtsympathisanten der Partisanen“, schreibt der Autor dieser Nazischrift, der berühmte Rechtsradikale Robert Drechsler.

Diese unappetitliche Ge-

schichtsfälschung schiene nicht rezensierenswert, hätte sie nicht einen prominenten Rezensenten gefunden: Der Erzbischof von Wien, Kardinal Franz König, griff zur Feder, um sich beim Autor zu bedanken. Der Rechtsradikale Drechsler durfte nicht nur bischöfliche und „herzliche Segenswünsche für das Jahr 1978“ empfangen, sondern auch das Urteil des Kardinals, man habe es hier mit einem „bedeutenden zeitgeschichtlichen Dokument“ zu tun. Doch auch ansonsten ist der Kardinal mit dem Rechtsradikalen einer Meinung: „Ich hoffe, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, daß Major Reder seine Heimat wiedersehen kann.“

Der Kardinal hat sich für seine Segenswünsche ein ganz besonderes Prachtexemplar ausgesucht: Drechsler, der Bundesobmann der „Volksbewegung für Südtirol“, brachte sogar den Südtiroler Landeshauptmann Silvio Magnago dazu, sich „mit Nachdruck“ von dem fanatischen Deutschtümler zu distanzieren.

Und selbst der Kärntner Heimatdienst mochte mit dem Herausgeber der Anti-Slowenenschrift „Unser Kärnten“, Robert Drechsler, nicht in Verbindung gebracht werden. Exinnenminister Rösch wiederum, der Rechtsradikale nach Möglichkeit zu übersehen versuchte, löste die Rudolf-Heß-Bewegung auf, deren Chef Drechsler war.

Man kann nur hoffen, daß der vielbeschäftigte Kardinal nicht wußte, wer sein Brieffreund ist – und das von ihm gelobte Buch nach heimischer Rezensentenart gar nicht gelesen hat. □

BILANZ

Die Tricks der Multis

Die Saga vom Valium

Mit den Tranquilizerdrogen Valium und Librium hat der Schweizer Pharmaziekonzern Hoffmann-La Roche Milliarden geschneidert, in Schweizer Franken, versteht sich. Jetzt laufen die Patente dafür aus.

Vor zwanzig Jahren, bei der Einführung von Librium, hatte Hoffmann-La Roche nur 3.000 Mitarbeiter. Heute sind es 38.000. Und die Geschäftsführung mußte zugeben, daß die Hälfte dieses Zuwachses auf Valium und Librium zurückzuführen ist.

Die Gefahr, daß sich durch das Auslaufen der Patente der Absatz dieser Drogen verringern könnte, besteht jedoch nicht. In der Basler Konzernleitung erklärt man: „Die Verminderung

der Verkäufe in Ländern, wo der Schutz bereits abgelaufen ist, war sehr gering. Ein Präparat, das so gut auf dem Markt liegt, wird selbst durch Billigprodukte der Konkurrenz nicht von einem Tag zum anderen einfach umgebracht.“

Allein der Name Valium sei schon mehr wert als irgendein Patentschutz. Womit Hoffmann-La Roche richtig spekulieren dürften. Denn sie machen einen Gutteil ihres Geschäftes mit Menschen, die von Valium richtiggehend süchtig geworden sind. Begünstigt von Ärzten, die das mögliche Rauschgift Valium (bei entsprechender Menge) bedenkenlos verschreiben. Eine bessere Geschäftsgrundlage als Sucht läßt sich kaum denken. □

Frühling für Häuslbauer

Wer genug Geld hat oder über ein zuteilungsreifes Bauspardarlehen verfügt – und noch dazu das unbändige Bedürfnis verspürt, unbedingt bauen zu wollen –, der darf sich im heurigen Frühjahr von den Baufirmen mit Superkonditionen verwöhnen lassen.

Branchenkenner schätzen, daß Baumeister schon lange nicht so hungrig nach Aufträgen gewesen sein dürften.

Denn: Öffentliche Aufträge wurden vielerorts aus Geldmangel gestoppt. Private Häuslbauer

werden sich wahrscheinlich vergeblich zu den Förderungstöpfen der Länder und Gemeinden begeben. Die sind nämlich leer. Und die Banken, die mit Geldmitteln erhalten könnten, sind zu teuer. Die zur Zeit verlangten Zinsen von 11 bis 12 Prozent könnten sich bald auf 15 Prozent erhöhen.

Wer für eine Million Alpenpiaster bis zu 150.000 Schilling im Jahr nur an Zinsen zurückzahlen soll, dem wird die Lust am Wohnraumschaffen fürs erste vergehen. □

In der österreichischen Diskussion um die marode Zahlungsbilanz wird ein wichtiger Aspekt schamhaft unterdrückt. Was geschieht mit den Gewinnen der Multis?

Mit jenen Gewinnen, die österreichische Arbeitnehmer für ein ausländisches Unternehmen in Österreich erwirtschaftet haben (hauptsächlich für Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne). Die ausländischen Unternehmen belasten die heimische Zahlungsbilanz nämlich in mehrfacher Hinsicht.

Zum einen, wenn sie die Gewinne offen ins Ausland transferieren. Zum anderen, wenn für den Gewinntransfer die Trickkiste herhalten soll.

So gibt es die Praktik, Gewinne über manipulierte Verrechnungspreise zu verstecken und ins Ausland zu verschieben. Dabei werden die Preise für Lieferungen aus Ländern mit niedrigem Steuerniveau relativ hoch und für eine Transaktion in die umgekehrte Richtung möglichst niedrig festgesetzt. Die Gewinne rutschen auf diese Weise in Länder mit niedrigem Steuerniveau. Dadurch freilich wird dem österreichischen Staat Steueraufkommen entzogen.

Ein klassischer Trick besteht in der Überweisung von stark überhöhten Patent- und Lizenzgebühren. Oder im Umweg über „erhöhte Importe“. Ausländische Direktinvestitionen ziehen oft erhöhte Importe nach sich: Die Tochtergesellschaften werden vom Mutterunternehmen verpflichtet, bei ihnen Ware zu kaufen.

Zusammengefaßt: Zwischen 1971 und 1976 betrug der Kapitalzufluß nach Österreich rund 10,7 Milliarden Schilling. Der Kapitalabfluß erreichte aber eine Höhe von 16,4 Milliarden Schilling. Es wurde also um 5,7 Milliarden Schilling mehr ins Ausland überwiesen, als nach Österreich transferiert wurde.

Was wiederum negative Auswirkungen auf die österreichische Zahlungsbilanz ergibt.

Josef Peischer von der Linzer Arbeiterkammer zieht deshalb den Schluß: „Im Hinblick auf eine Entlastung der Zahlungsbilanz und auf das volkswirtschaftliche Interesse Österreichs (möglichst wenig Kapital ins Ausland abfließen zu lassen) wäre eine Beschränkung des Gewinntransfers ins Ausland durchaus denkbar.“ □

Erbe Allendes versilbert

Chiles Militärregierung versilbert das Erbe Salvador Allendes. In der Regierungszeit des ermordeten Sozialisten Allende hatte der chilenische Staat städtische Industriebeteiligungen übernommen, darunter den Kupferminenkonzern Compania Minera Disputada de las Condes. Als Interessent für die Reprivatisie-

rung der Kupferminen soll sich nur ein US-Multi gemeldet haben: eine Tochtergesellschaft der Exxon (Esso). Exxon will 110 Millionen Dollar für 87 Prozent der Aktien der Disputada-Aktien ausgeben und plant, auch die restlichen Anteile, die sich noch in privater Hand befinden, zu übernehmen. □

Von der strategischen Schönheit des Rüstungspokers

Während in Wien bei den MBFR-Gesprächen um die Reduktion der Truppenstärken in West- und Osteuropa gerungen wird, haben die Amerikaner einen neuen Begriff geprägt. In den von Zwei- und Vieldeutigkeiten nur so strotzenden Diskussionen um das Rüstungsgleichgewicht zwischen Ost und West träumen die US-Strategen von der „endgültigen“ Rüstungsbereitschaft gegen einen potentiellen Feind.

Das Budgetamt des amerikani-

schen Kongresses hat schon die Kosten für die Perfektionierung der US-Waffensysteme hochrechnen lassen: immerhin 111,2 Milliarden Dollar bis zum Jahr 2000.

Damit könnten, so glauben die Amerikaner, genügend Fernlenk Waffen samt Trägern konstruiert und installiert werden, um den Sowjets im Kriegsfall den Gegenschlag zu verunmöglichen.

Daß gleichzeitig die USA und die UdSSR um ein Abkommen zur Begrenzung der strategischen

Rüstung kämpfen, entbehrt dabei nicht einer gewissen Ironie. Auch die Entscheidung Jimmy Carters, die amerikanische Truppenstärke in der BRD um weitere 8.000 Mann zu erhöhen (um die sowjetische Modernisierung der roten Divisionen ausgleichen zu können).

Denn auch die Sowjets haben trotz SALT eins und der Vereinbarungen von Wladiwostok ihre Entwicklung von neuen Trägersystemen fortgesetzt. Ältere Raketeninstallationen in Osteu-

ropa wurden durch modernere Waffensysteme ersetzt, deren einziges Zielgebiet Westeuropa ist.

Überhaupt ist der Wert der Abrüstungsgespräche auch deshalb sehr zweifelhaft, weil den Westeuropäern beim Rüstungspoker keinerlei Mitspracherecht zusteht. Andererseits haben die Verhandlungen natürlich einen unschätzbaren Vorteil: Nirgendwo sonst könnten sich die Supermächte gegenseitig derart präzise Angaben über eigene Vorstellungen machen. □

Denn Habasch glaubt: „Die PLO braucht strukturelle Änderungen, um unser Volk zum Sieg zu führen.“ Die PFLP kann heute im arabischen Lager vor allem auf zwei Staaten zählen, nämlich auf Libyen und den Irak. Nach der Formierung der arabischen „Ablehnungsfront“, der Bagdad nicht beitrug, sah es freilich so aus, als hätten sich Habaschs Beziehungen zum Irak verschlechtert und als gäbe es eine erste Annäherung an Syrien. Habasch: „Es ist die Aufgabe aller patriotischen und progressiven arabischen Kräfte, mitzuhelfen, die politische Grundlage für die Formierung einer progressiven arabischen Front zu schaffen, um Sadats verräterischer Initiative entgegenzutreten. Der Irak hat diese Linie prinzipiell angenommen. Er hat sowohl die UNO-Resolutionen 242 und 338 wie auch die Genfer Konferenz abgelehnt. Deshalb hat der Irak zusammen mit Libyen geholfen, die Ideen der „Ablehnungsfront“ auf offiziellem arabischem Niveau zu entwickeln. Unsere Position hat sich seit dem Gipfeltreffen in Tripoli nicht geändert. Der Irak besteht darauf, daß Syrien eine klare Position nicht nur gegen den äußeren Anschein der Sadat-Initiative einnimmt, sondern eine, die sowohl Grundlage wie auch Rahmen dieses imperialistischen Übereinkommens ablehnt. Wir glauben, daß die arabische Front, die in Libyen formiert wurde, ein klares politisches Programm annehmen muß. In diesem Zusammenhang ist die syrische Ablehnung von Sadats Schritt positiv, aber nicht deutlich genug.“

Es ist klar, wen die PFLP als ihre Feinde betrachtet: die arabische Reaktion, den Zionismus, den Imperialismus, hier eingeschlossen nicht nur Amerika, sondern wohl auch Europa. Ganz sicher aber hat sie auch Freunde außerhalb der arabischen Welt – solche, die ihr nicht nur moralische, sondern auch materielle Hilfe zukommen lassen. Habasch: „Das Ziel unseres Kampfes ist nicht nur, Palästina wieder eine Identität zu geben, sondern auch den Sozialismus einzuführen. Wir sind ebenso sehr Sozialisten wie Nationalisten. Israel ist ein imperialistisches Phänomen, und der Imperialismus ist ein kapitalistisches Phänomen. Konsequenterweise sind die einzigen Länder, die wir als unsere Freunde bezeichnen, die sozialistischen Länder.“ □

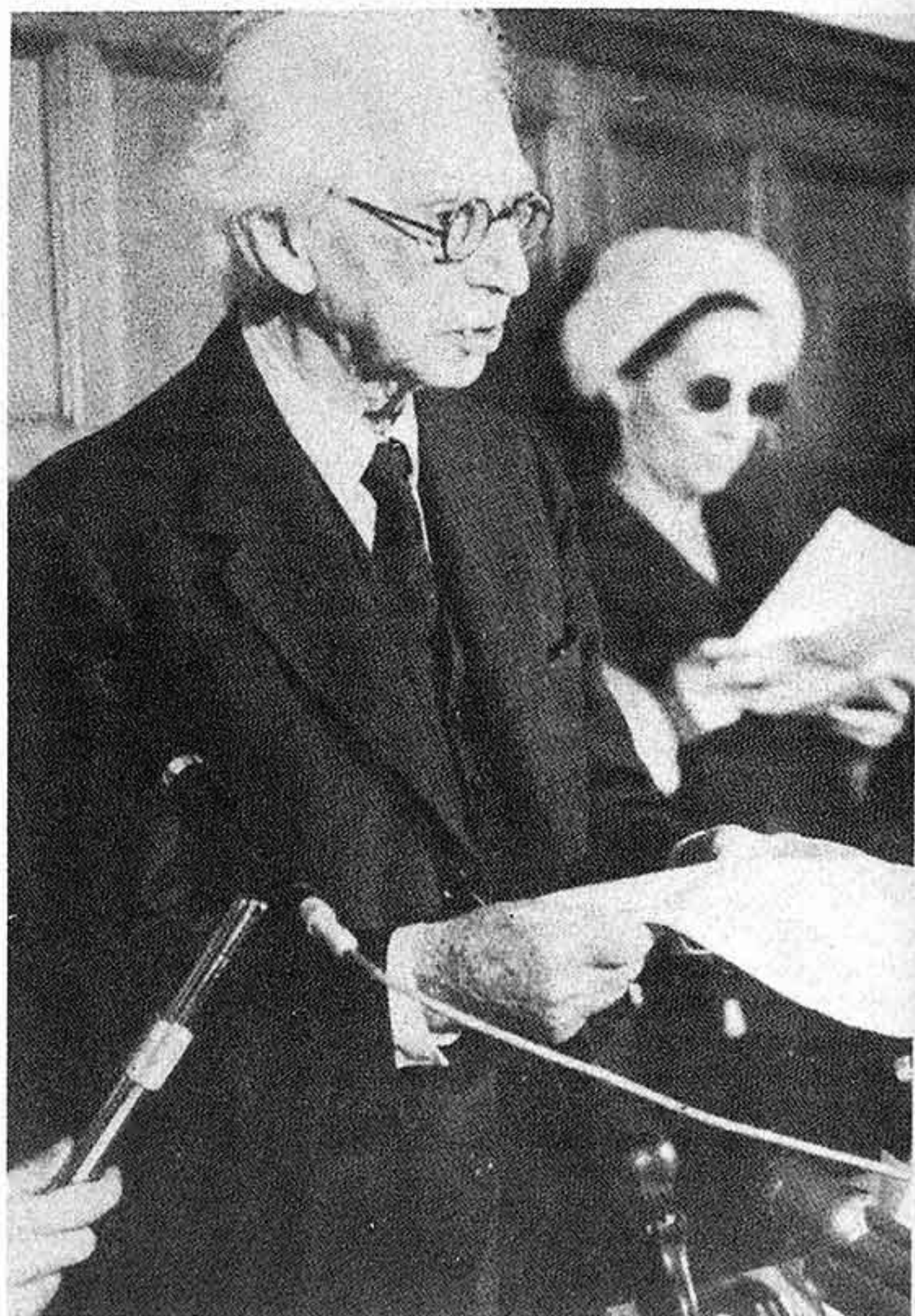
Ulrich Greitner über das 3. Russell-Tribunal

Angeklagt: die BRD

Den Zuständen in der BRD wird der Prozeß gemacht. Nach monatelangen Vorbereitungen soll in der Woche nach Ostern eine von der Russell Peace Foundation eingesetzte internationale Jury in Frankfurt am Main zu ihren ersten öffentlichen Verhandlungen zusammentreffen. Zum Generalthema hat sich das nunmehr 3. Russell-Tribunal die „Situation der Menschenrechte in der BRD und Berlin West“ gemacht.

Weltweite Aufmerksamkeit hatte die 1963 vom englischen Mathematiker und Philosophen Bertrand Russell ins Leben gerufene Stiftung erstmals im Jahre 1967 auf sich gezogen. Nachdem sich der Verdacht erhärtet hatte, daß sich die USA in Vietnam einer Reihe schwerwiegender Verstöße gegen das Kriegsrecht und die Menschenrechte zuschulden kommen hatten lassen, wandte sich die Russell-Stiftung an eine Reihe von als integer bekannten und von staatlichen Interessen unabhängigen Wissenschaftlern, Künstlern und Politikern und ersuchte sie, im Rahmen eines öffentlichen Tribunals die gegen die USA erhobenen Vorwürfe zu prüfen. Die Jury, der J.-P. Sartre präsierte und an deren Arbeit auch der greise Nobelpreisträger Russell noch teilhatte, legte schließlich Dokumente und Gutachten vor, die die Vermutungen ausreichend bestätigten. Auch in der „freien Welt“, die man in Indochina vorgab zu verteidigen, waren die amerikanischen Kriegsverbrechen nun nicht länger totzuschweigen.

Wenige Jahre später veranstaltete die Russell-Foundation, zu deren Schirmherren u. a. auch die Nobelpreisträger Albert Schweitzer, Linus Pauling und Max Born gehörten, ein zweites



Tribunal-Begründer Russell: Denunziert in Ost und West

Tribunal: Zur Verhandlung standen diesmal Verletzungen der Menschenrechte und Folterungen in lateinamerikanischen Staaten. Die Prinzipien, nach denen verfahren wurde, blieben die gleichen. Sie sollen auch für das 3. Russell-Tribunal gelten:

- **Unabhängigkeit** der Juroren, die am ehesten durch den Umstand gewährleistet erscheint, den J.-P. Sartre angesprochen hat: „Wir sind ohne Macht.“

- **Öffentlichkeit und Nachvollziehbarkeit** der Entscheidungen: Die Tribunalsitzungen sind in der Regel öffentlich, die Ergebnisse der Verhandlungen werden publiziert.

- **Juristischer Bezugsrahmen:** Die Beurteilung folgt nicht mehr oder weniger willkürlichen moralischen Kategorien, sondern einzig und allein Normen, die gesetzlich fixiert sind. Im Falle des 3. Tribunals etwa werden neben

dem Grundgesetz u. a. auch die „Charta der Vereinten Nationen“, die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte“ und die Schlußakte der KSZE von Helsinki herangezogen.

- **Rechtfertigungsmöglichkeit** für die Beschuldigten: Die Jury hört nicht nur Beschwerden über die Verletzung geltenden Rechts, sondern lädt auch diejenigen ein, die der Verantwortung für Rechtsverletzungen beschuldigt werden.

Daß von dieser Gelegenheit selten Gebrauch gemacht wird, liegt nicht am Tribunal, sondern schlicht an der Arroganz der Macht. So weigerte sich der US-Außenminister D. Rusk vor dem Tribunal auszusagen mit der Bemerkung, er habe keine Lust, „mit einem 94 Jahre alten Engländer Jo-Jo zu spielen“.

Weniger bekannt ist vielleicht,

daß die Aktivitäten der Russell-Foundation von Anfang an nicht lediglich auf die Organisation von Tribunalen beschränkt war. Neben der Initiierung von Projekten im Bereich der Konflikt- und Friedensforschung konzentrierte sich ein wesentlicher Teil der Arbeit auf die Verteidigung der Rechte politisch Gefangener, hierin den Bemühungen von Amnesty International sehr ähnlich. Maßgeblich für die Intervention in bisher über 40 meist lateinamerikanischen und osteuropäischen Staaten ist, wie B. Russell klarstellte, nicht Parteizugehörigkeit oder Credo der Verfolgten, sondern ausschließlich „die Frage nach Recht und Unrecht der Strafe und das Ausmaß sinnloser Grausamkeiten im Zuge der Inhaftierung“.

So bemühte sich die Foundation in den osteuropäischen Parteidiktaturen gleichermaßen um linke Dissidenten, wie den sowjetischen Generalmajor Grigorenko, wie um Verfolgte aus dem bürgerlichen Lager. W. Bukowski ist hierfür ein Beispiel. In Kooperation mit der Gruppe um die tschechische Exilzeitung „Listy“ wurden Tage des internationalen Protestes gegen die politische Repression in der UdSSR und in der ČSSR organisiert.

Daß ihre Tätigkeit nicht nur in den sozialistischen Ländern unerwünscht ist (in der UdSSR z. B. wird Post der Foundation grundsätzlich nicht an die Adressaten ausgeliefert), hatte die Foundation schon anlässlich ihres Vietnam-Tribunals erfahren. So war es denn auch nicht weiter verwunderlich, daß gleich nach Beginn der Vorbereitungsarbeiten zum 3. Tribunal die nach dem üblichen Muster gestrickten Difamierungsversuche begannen.

Einmal mehr machten viele, die Menschenrechtsverletzungen nicht ausschließlich in den sozialistischen Ländern und in den Diktaturen der 3. Welt vermuten, die Erfahrung, wie schnell man in der BRD in den Verdacht kryptokommunistischer Umtriebe bzw. der Zugehörigkeit zur ominösen Sympathisantenszene geraten kann.

Sprecher der CDU sehen im Tribunal eine „Verhöhnung unserer freiheitlichen Demokratie“, die dazu diene, „unseren Staat madig und für die Revolution von links reif zu machen“. Die FDP-Liberalen machten ihrem Namen alle Ehre, als sie ihre Jungdemokraten vor die Alternative stellten, entweder auf die



Jurymitglied M. Niemöller

Unterstützung des Tribunals zu verzichten oder die Auflösung der Organisation in Kauf zu nehmen. Angesichts des massiven Drucks zogen die Judos daraufhin ihre Unterschrift zurück, betonten aber die Notwendigkeit des Tribunals.

Willy Brandt wußte schon im vorhinein, daß der „Name des verehrungswürdigen Bertrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik mißbraucht wird“. In ihrem Brief an Brandt knüpfte Lady Russell dagegen an die kritische Haltung des Verstorbenen gegenüber dem McCarthyismus an: „Die Frage, ob in der BRD heute ähnliche Praktiken wie im damaligen Amerika festzustellen sind, ist ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals. Daß B. Russell eine solche Untersuchung gewünscht hätte, eine Untersuchung, so fair und gründlich wie irgend möglich, wird von niemandem angezweifelt, der ihn kannte.“

Nichtsdestotrotz faßte der SPD-Parteivorstand, gestützt auf die Behauptung, daß die BRD mit Vietnam und Chile auf eine Stufe gestellt werden solle, den Beschluß, die Absichten des Tribunals zu verhindern. Er forderte die Sozialdemokraten auf, sich nicht an der Unterstützung des Tribunals zu beteiligen und insbesondere nicht als Zeugen zu erscheinen.

Aus dem vom norwegischen Sozialwissenschaftler J. Galtung unterzeichneten Unterstützungsauftrag wie auch aus allen Artikeln und Interviews des Sekretariats des Tribunals geht freilich hervor, daß man sehr wohl zu differenzieren weiß. So heißt es in aller Deutlichkeit in einer vom Sekretariat herausgegebenen Broschüre: „Mit Chile oder Vietnam wird die BRD nicht gleichgesetzt werden. Vergleiche dieser Art sind nicht nur töricht,



Jurymitglied J. Galtung

sondern auch tendenziös und eine grobe Verletzung der Realität, an der der Russell-Foundation niemals gelegen war.“

Diesen und ähnlichen Formulierungen hat es die Jury wohl zu verdanken, daß das Tribunal die Unterstützung nur eines Teils der Linken gefunden hat. Die maoistischen ML-Parteien wollen mit der Sache nichts gemein haben. Für den KBW etwa, dem Opfer der verfassungswidrigen Lauschoperation, die Minister Leber zu seinem Rücktritt veranlaßte, ist die „kleinbürgerliche“ Jury nicht mehr als ein „imperialistischer Hilfstrupp“.

Niemand ist den K-Gruppen böse ob ihrer Absenz, und dies nicht nur, weil sich zeigte, daß die einzige der K-Gruppen, die sich an der Unterstützung beteiligte, nämlich der vergleichsweise noch umgängliche KB, in der Lage war, beträchtliche Konflikte in die Unterstützungsbewegung hineinzutragen. Im wesentlichen ging es bei diesen Kontroversen um Fragen der thematischen Ausrichtung der Verhandlungen. Einige Gruppen aus der Unterstützungsbewegung, die von Liberalen und Amnesty bis zur nichtstalinistischen extremen Linken reicht, wollten neben den von der Foundation vorläufig ins Auge gefaßten Hauptthemen „Berufsverbote“, „Lauschaktionen“, „Zensur“ und „Verletzung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern“ noch andere Aspekte, insbesondere die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften, berücksichtigt sehen.

Die Jury und das sie unterstützende Sekretariat haben es bisher auch vermieden, endgültige Vorentscheidungen zu treffen. Eine klare Eingrenzung ist bisher nur darin zu sehen, daß nicht alle möglichen Formen von Menschenrechtsverletzungen behan-

delt werden sollen, sondern nur solche, „die für die BRD typisch und spezifisch“ sind.

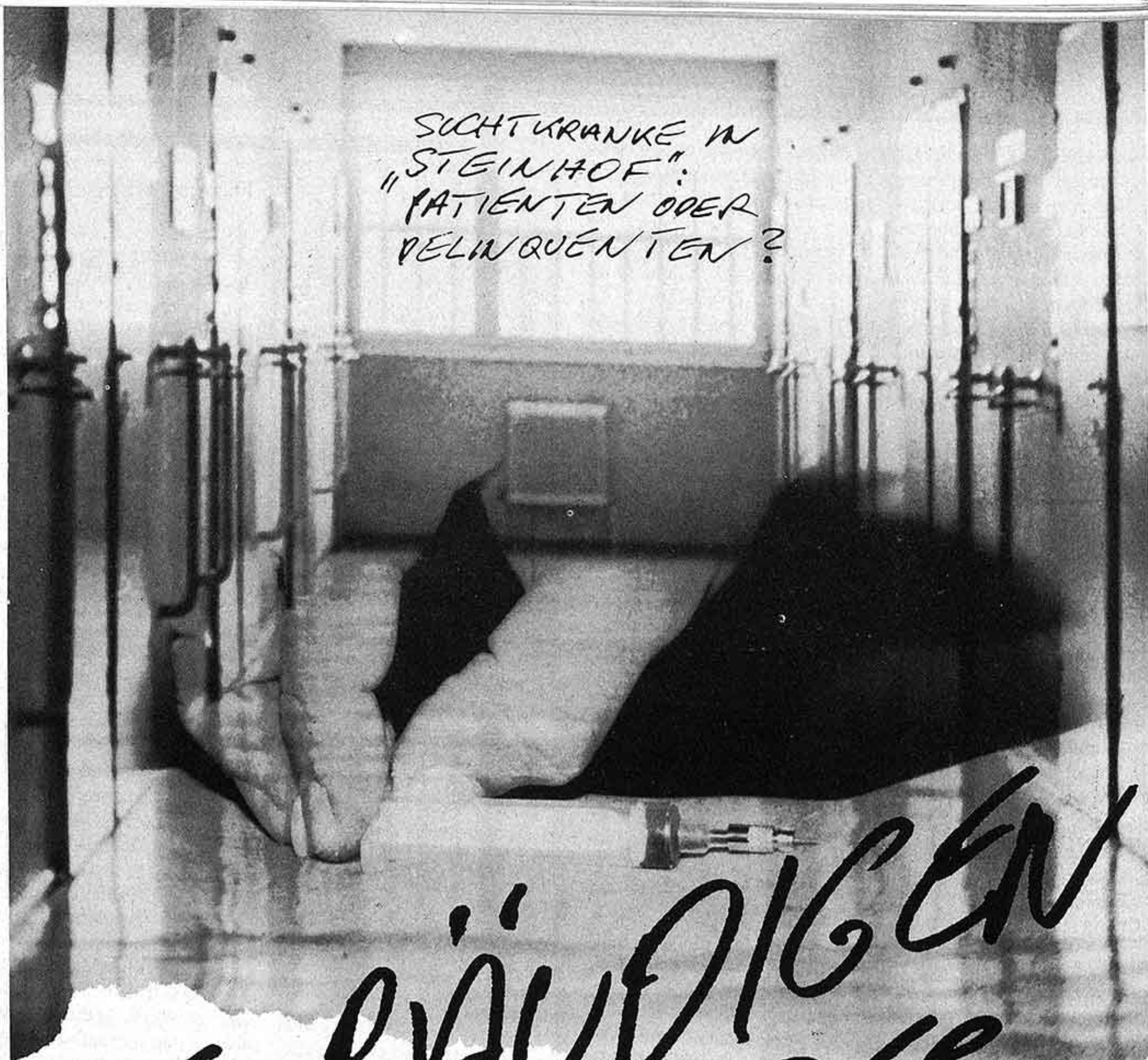
Daß Bonn das Tribunal als ernsthafte Herausforderung begreift, ist spätestens seit Ende vergangenen Jahres klar, nachdem der Russell-Foundation ein Strategiepapier von Verfassungsschützern, eine Verschlusssache des Referats Öffentliche Sicherheit im Innenministerium, zugespielt worden war. Die Authentizität des Papiers wurde inzwischen vom Ministerium bestätigt.

An die Einschätzung, daß „mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung verleumdete wird“ und daß „die Gefahr (besteht), daß eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential schafft, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt“, schließen sich Überlegungen der Verfasser dieses Papiers darüber an, wie den „erwachsenden Gefahren“ begegnet werden kann: Erwogen, aber wegen zu großer technischer Durchführungsschwierigkeiten verworfen wurden die „Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte“ und der Entzug der Grundrechte von Personen, die mit der Durchführung und Vorbereitung des Tribunals betraut sind.

Als realisierbar wurden hingegen ein Verbot oder die polizeiliche Auflösung des Tribunals nach dem Versammlungsgesetz betrachtet, für den Fall, daß in Erklärungen Äußerungen enthalten sind, die strafrechtliche Tatbestände, wie etwa „Verunglimpfung des Staates“ (§ 90a StGB), erfüllen, oder daß solche Äußerungen im Rahmen von Zeugenaussagen „geduldet“ werden. Ausländern könnte außerdem die Beteiligung am Tribunal bzw. die Einreise in die BRD verweigert werden.

Aus dem Umstand, daß das Tribunal möglicherweise „zum Opfer einer jener strafrechtlichen Zensurbestimmungen gemacht werden soll, die selbst Gegenstand der Untersuchung durch das Tribunal sein werden“, daß also „die Frage nach Zensur selbst zensiert wird“, schloß S. Cobler, eines der Mitglieder des Sekretariats: „Die Notwendigkeit, es abzuhalten, konnte nicht deutlicher unterstrichen werden.“

SUCHTKRANKE IN
"STEINHOF":
"PATIENTEN ODER
DELINQUENTEN?"



DIE RÄUDIGEN BRÜDER

Es gibt solche und solche Krankheiten. Anständige und unanständige. Die anständigen tragen dir Mitgefühl und Achtung ein. Für unanständige mußt du dich ins Winkl stellen. Einem tischtennispielenden Querschnittgelähmten murmelt die Volksseele tränenerstickte Bewunderung. Der ausgeflippte Junkie hingegen erregt den gerechten Bürgerzorn. Der Platz, den ihm die Gesellschaft zuweist, liegt irgendwo in der Nähe von Kinderschändern und Häuslanzündern.

„Eh klar!“ Allen voran weiß Österreichs Journalisten-Chefideologe um den gewaltigen Unterschied. „Sind ja selber schuld,

die Brüder! Wird ja keiner zum Saufen oder Fixen gezwungen. Einsperrn! Arbeitshaus!“

Ruhig, Richard, ruhig – und wisch dir den Geifer ab! Wir haben's ja eh schon aufgegeben, wir Süchtigen, das Rechtfertigen, das Entschuldigen: Kriegsgreuel, Wohlstandshölle, Milieuschädigung, der idiotisch grinsende Wahnsinn vor unseren Türen, die zähnefletschende Bestialität ein paar tausend Kilometer weiter weg . . . , wer kauft uns denn das noch ab? Andere haben dies auch alles mitgemacht. Aber saufen sie deswegen? Oder gifteln sie gar? Nein: Wir sind schon ein Auswurf der Gesellschaft, ein übler. Keine Frage. Außer vielleicht:

Kann einer gesund sein, wenn er so einen Auswurf hat?

Die Öffentlichkeit weiß also, was sie von Süchtigen zu meinen hat. Um vieles schlechter ist das so mancher Psychiater dran. Rein privatim findet er diese räudigen Brüder ja auch höchst degoutant und dankt dem Herrgott, daß er nicht so ist wie jene. Aber Dienst ist Dienst. Säufer und Giftler heißen heute nun einmal Alkoholiker und Drogenabhängige und sind als Kranke zu betrachten. Das hat der Prof. Jellinek g'sagt, das hat der Prof. Hoff g'sagt, und die Weltgesundheitsorganisation sagt's auch . . .

Daher sagen halt auch wir statt „Heil- und Pflegeanstalt“ nun-

mehr „Psychiatrisches Krankenhaus“, bilden in zehnmonatigen Kursen nicht mehr „Wärter“, sondern „Krankenpfleger“ aus und nennen die Insassen der Anstalt „Patienten“. Das freut sie, und uns tut's nicht weh. Denn ansonsten bleibt sowieso alles, wie es war. Die räudigen Brüder erwartet heute in „Steinhof“ dasselbe wie vor zwanzig Jahren.

Und so sieht das aus

Vom Amtsarzt mit „parere“ eingeliefert, genießt der „Zugang“ (eine treffende Bezeichnung: Auch die Neuankömmlinge in unseren Strafanstalten werden so genannt) einen im Rechts-

staat für einen Kranken einmaligen Status. Er ist mit einem Schlag, ohne gerichtliche Verurteilung, gleich einige Grundrechte losgeworden.

So gibt es z. B. kein wie immer geartetes Rechtsmittel gegen das amtsärztliche Verdikt. Einspruch, Berufung, Rechtsbeistand? Doch nicht für einen Geisteskranken! Offizielle Begründung: Gefahr im Verzug. Inoffizielle Begründung: Ein Amtsarzt irrt nie. Sein Bescheid, den er dem Rauschigen gestoßen hat, kann daher nur durch den Stadthauptmann oder den zuständigen ärztlichen Abteilungsleiter aufgehoben werden.

Weiters kann sich der räudige Bruder gleich noch ein verfassungsmäßig garantiertes Grundrecht an den Hut stecken: dasjenige auf freie Arztwahl. Wie, er ist sowieso bei dem Arzt seines Vertrauens in Behandlung? Er ist vielleicht sogar ambulanter Patient des musterhaft geführten Genesungsheims Kalksburg? Und er verlangt die gewohnte medizinische Betreuung? Aber bitte, kann er haben! Allerdings draußen – herinnen muß er schon runterschlucken, was auf den Tisch kommt.

Und dann soll er auch gleich das Verfügungsrecht über sein Eigentum vergessen. Dieses Recht üben für die Dauer seines Aufenthalts in diesem „Krankenhaus“ die Pfleger für ihn aus. Begründung? Dreimal darf er raten: die Gefahr natürlich. Drum wird ihm bei seiner Einlieferung alles abgeknöpft, was er bei sich hat: eigene Leibwäsche, Pyjama, Schlafrock, Pantoffeln, Geld, elektrischer Rasierapparat, Toilettegegenstände – all diese gefährlichen Sachen kommen vorerst einmal ins Depot. Wenn er Glück hat, trifft er in den nächsten Tagen auf einen gutgelaunten Pfleger, der ihm dies oder das aushändigen läßt. Hat er keins – na ja, er wird auch ohne auskommen. Denn darüber, was ein Mensch braucht und was er nicht braucht, herrschen in Steinhof die erstaunlichsten Ansichten.

So wurde einem Mann, der bat, seine Zahnbürste von zu Hause telefonisch anfordern zu dürfen, von einem Arzt (!) die sphingische Antwort zuteil: „Bei uns brauchen S' ka Zahnbürstl...“ (Pavillon 8, 7. November 1977). Gefährlich? Gefährlich!

So gefährlich wie das Briefgeheimnis. Darum müssen Briefe von den Insassen unverschlossen dem Pfleger zur Weiterbeförde-

rung übergeben werden. Und telefonieren? Nur mit Bewilligung des Arztes. Ist keiner da oder ist er da und will er nicht: Ja, dann gehen eben wichtige berufliche Angelegenheiten in die Hosen, dann muß halt der Dackel zu Hause verdursten und das elektrische Heizgerät so lange heizen, bis die Wohnung in Flammen aufgeht. Mit Bewilligung des Arztes...

In Steinhof wittert man eben unentwegt Gefahr. Vieles, was in richtigen Krankenhäusern eine Selbstverständlichkeit ist, ist hier tabu. Denn für den reibungslosen Betrieb auf dem „Lemoniberg“ ist das Irrenhaussystem allemal noch das beste.

Kann ein Mensch seine Würde versaufen?

Ja. Im Vollrausch wird jeder würdelos. Doch wenn er wieder nüchtern ist? Wenn der verdammte Fusel, das dreimal verdammte Gift seine Wirkung verloren hat? Ist er da in all seiner Reue, mit all seinen Selbstwürfen nicht wieder als Mensch zu respektieren?

Wenn die Antwort in Steinhof überhaupt „ja“ ist, so ist dies ein sehr gedehntes Ja. Und diese Antwort verliert vollends ihre Glaubwürdigkeit durch die Behandlung, die dem Eingelieferten zuteil wird, durch die Mißhandlung, die seine Würde erfährt.

Es muß nämlich einer schon ein wahrhaft königliches Selbstgefühl aufweisen, um würdevoll zu bleiben, wenn er pudelnackt vor dem Pfleger im Aufnahmepavillon 7 steht und zusehen darf, wie seine Kleider in einen schwarzen Plastiksack gestopft werden. Unterwäsche, Schuhe, drüber das Hemd, die Socken, Hose, Sakko: Der arme Pfleger muß die Sachen schon ordentlich zusammenpressen, wenn er sie alle in dem Sack unterbringen will. Der Eingelieferte aber wird das Gefühl nicht los, in Lumpen angekommen zu sein. Denn wären es Kleider, man würde sie wohl anders behandeln.

Die Anstaltskleider, die man ihm reicht, bringen ihn aber gleich auf andere, allerdings kaum erfreulichere Gedanken: oftmals geflickte, verschiedenfarbige Socken, die sich stets um die Knöchel ringeln, weil sie keinen Gummizug haben. Hemd, Hose und Mantel: meist voll ekliger Flecken dunkler Herkunft und alles muffig und verdrückt, zu groß oder zu klein. Pantoffeln

aus hauseigener Produktion – Fetzenpatschen hat man so was früher genannt –, getränkt vom Ruch derer, die vorher damit einherschlüpfen.

Solcherart adjustiert, läßt einem der Gedanke an die eigene saubere, gutsitzende Wäsche ein trockenes Würgen im Hals aufsteigen. Und spätestens nach dem dritten Stolpern in den zerfledderten Pantoffeln könnte man heulen vor Sehnsucht nach der eigenen Fußbekleidung.

Doch der räudige Bruder soll froh sein, nicht in Socken einhergehen zu müssen, was dem Autor einmal zwei Tage lang widerfahren war. Damals gab es halt auf Pavillon 7 keine Pantoffeln für ihn, hatten die Pfleger achselzuckend festgestellt. Somit gab es aber für diese Zeit auch kein Klosett für ihn. Denn in Socken den urin- und kotbeschmutzten Boden dieses „Sanitär“-raums zu betreten brachte der Berichterstatte nicht übers Herz. Eine Urinflasche, die er sich selbst säuberte, wurde ihm damals zur Rettung.

Und der Kleinkrieg gegen die Selbstachtung des räudigen Bruders geht munter weiter. Die Oberärztin von Pavillon 7 macht Visite. Die Diagnosemethode, die sie bei Süchtigen anwendet, war niemals noch eine andere als: Augen schließen, Hände vorstrecken, Zunge zeigen! Auch die Therapie ist immer die gleiche: Mineralwasser trinken. Wenn eins da ist. Wenn nicht – ohne geht's auch.

Steigt nun vielleicht in dem Frischgefangenen kalte Wut auf oder verfällt er in schwärzeste Melancholie, dann trösten ihn die erfahrenen Patres, Prioren und Äbte der Bruderschaft, welcher man ihn beigetreten hat: „Da kannst halt nix machen, da herin bist im Arsch.“ Sie klären Neulinge auf: „Wannst ein einziges Mal mit ‚parere‘ eingeliefert worden bist, stehst lebenslanglich in der Geisteskrankenkartei. Des kannst nie mehr löschen lassen. Bestimmte Berufe bleiben dir für immer versperrt. Hast an Führerschein? Ja? Na, der ist vorläufig einmal a im Eimer...“

Der Neuling kann das alles nicht glauben. Er kann nicht glauben, daß es heilsam für ihn ist, wenn er in seinen traurigen Fetzen, ohne Beschäftigung, ohne Lesestoff, ohne Möglichkeit, die Zeit sinnvoll zu vertreiben, unter Schwachsinnigen, Paranoikern und Schizophrenen sitzen muß. Er kann nicht glauben, daß er für seinen Leichtsinn

im Umgang mit Rauschmitteln so hart bestraft wird – ohne Urteil, ohne Verhör. Er kann nicht glauben, daß es hier auf Pavillon 7 diplomierte Pfleger in höheren Positionen gibt, die im Brustton der Überzeugung sagen können: „Alkoholismus ist keine Krankheit!“

Er sollte seinen Glauben stählen. Seine Verlegung auf Pavillon 8 steht bevor. Und damit eine bunte Fülle neuer unglaublicher Erlebnisse.

Multimediashow „Steinhof live“

Pavillon 8, in erster Linie für Süchtige und Selbstmordgefährdete gedacht, liegt unmittelbar neben der Prosektur. Dort gehört er auch hin. Denn von den Fällen, die hier im sogenannten 1. Wachsaaal liegen, verlassen die wenigsten ihr Bett auf eigenen Füßen. Pro Woche kommen hier durchschnittlich zwei Menschen ad exitum (dies ist eine sehr vorsichtige Schätzung).

Diese Todkranken sorgen im Verein mit den etwa 40 Opfern leichter bis mittelschwerer Psychosen, angeborenen oder erworbenen Schwachsinn für Kurzweil im langen, tristen Anstaltstag.

Sie stöhnen in Schmerzen und Todesnot. Sie schreien nach der Mutter. Sie wännen sich in fahrenden Zügen, als Söhne Bundeskanzler Kreiskys oder Sendlinge Jehovas. Immer wieder legen sie sich in ihrer hilflosen Verwirrtheit in fremde Betten, lassen dort oftmals ihre Exkremente zurück. Allgegenwärtig der schwere Fäulnisgeruch, den die Schwerkranken ausströmen. Fliegen, Spinnen, ja sogar Schaben fühlen sich hier wie zu Hause.

Der äußere Rahmen ist des Gebotenen würdig. Überall abbröckelnder Verputz; der vor zwanzig Jahren vermutlich noch weiße Lack von Türen und Fenstern ist, wo er noch nicht abgegriffen ist, heute dezent senffarben... Die Multimediashow „Steinhof live“ wird 24 Stunden am Tag gespielt.

Das sogenannte „Bad“ ist ein Paradebeispiel für die Verhältnisse in diesem „Krankenhaus“: zwei Badewannen, von denen eine ständig gefüllt ist mit schmutzigen Leibschüsseln und Urinflaschen; zwei Klosetts, deren Spülwannen über und über von Spinnweben mit Vorkriegscharakter bedeckt sind. Klomuscheln und -brillen kotbespritzt. Wer sie säubern wollte, müßte dies

mit der bloßen Hand tun, Klobesen gibt's hier nicht. Am Fußboden liegen Zeitungsfetzen verstreut, sie ersetzen das Klopapier.

Ein beklemmendes Stilleben stellt der Beleuchtungskörper an der Decke dar: An ihm kleben die Leichen unzähliger Fliegen, Nachtfalter und anderer Insekten, die hier im Lauf der Jahre das Zeitliche gesegnet haben.

Mit allem Nachdruck wird hier behauptet: Das sogenannte „Bad“ auf Pavillon 8 ist der dreckigste Sanitärraum, der dem Autor jemals untergekommen ist.

Hier dürfen die Insassen einmal in der Woche ihrer umfassenden Reinigung nachkommen. Leintücher werden unter zwei Duschauslässen aufgebreitet, vier, fünf Stück Kernseife daraufgeworfen, und die etwa 30 Gehfähigen der drei Wachsäle werden hineingetrieben. Da drängen sie sich nun und versuchen ein paar Tropfen Wasser zu ergattern, um sich einseifen zu können. Haben sie das geschafft, wartet das zweite Problem auf sie: die Seife wieder loszuwerden. Weniger durchschlagskräftige Naturen geben vorzeitig auf: Sie trocknen ihre kaum benähten Körper demonstrativ ab, um die Pfleger-Wachmannschaft zufriedenzustellen. Kaum sauberer, als sie gekommen sind, verlassen sie das „Bad“.

Es gehören schon starke Nerven dazu, dieses Badevergnügen – das rein optisch in fataler Weise an das Massenduschen in Konzentrationslagern erinnert – mitzumachen.

Besser als mit starken Nerven begegnet man allerdings dem ständigen Widersinn auf Pavillon 8 mit der Apathie, in die sich viele Insassen bald hüllen. So bereitet es einem weniger Kopfzerbrechen, warum zum Beispiel die Türen, die sich ursprünglich zwischen den drei 14-Mann-Sälen befunden hatten, ausgehängt wurden. Und man gerät nicht so leicht in Wut, wenn man die Antwort hört: Damit die Pfleger die Säle besser überblicken können. Herrgott, für wie dumm hält man uns hier eigentlich? Von Perspektive und toten Winkeln scheint man noch nichts gehört zu haben: Einen Dreck können sie durch die offenen Türen überblicken! Es geht ihnen auch gar nicht darum. Sie wollen sich bloß das Öffnen und Schließen der Türen ersparen!

Den im nüchternen Zustand relativ gesunden Säufern und Fixern, den Selbstmordgefährdeten aber zu ersparen, Nacht für

Nacht die Angstaussbrüche und Todeskämpfe der armen Teufel im 1. Wachsaaal mitzuerleben fällt niemandem ein.

Oh, daß doch einer käme, der verordnete: Jeder Arzt, jeder Pfleger, der hier Dienst tut, muß wöchentlich eine Nacht in einem versperrten Gitterbett des 1. Wachsaaals verbringen!

Oder daß doch ein Kompetenter käme, der das Kapitel „Essen in Steinhof“ untersuchte: Nicht die erbärmliche Qualität, nicht die lächerlichen Quantitäten, die hier serviert werden, sollen zur Diskussion stehen. Allein die Technik der Nahrungsaufnahme sollte untersucht werden: Auf dem Bett sitzend, mit einem Löffel als einziges Werkzeug Knödel, Nudeln und Salatblätter zu sich nehmend – nein, so essen keine Patienten eines Krankenhauses! Es sind Insassen einer Verwahranstalt für menschliches Strandgut, die so fressen müssen.

Und bleibt uns vom Leibe mit eurer sattsam bekannten Begründung: Messer und Gabel sind gefährlich. Die Mineralwasserflaschen, die in den Sälen umherstehen, die sind nicht gefährlich? Ein wahres Massaker könnte einer damit anrichten, wenn er wollte!

Und die Trümmer des Tisches, die am 15. und 16. November 1977 auf dem Gangstück, in dem sich die nicht Bettlägerigen aufhalten dürfen, umherlagen? Der Autor hat vor Zeugen ein massives Tischbein und fünf 100er Nägel für eine Nacht an sich genommen und in seinem Bett versteckt. Keinem Arzt, keinem Pfleger ist dies aufgefallen. Wäre ich nicht Säufer, sondern geisteskranker Gewalttäter – das Blutbad, welches ich nächtlicherweise hätte anrichten können, ist unvorstellbar.

Dreißig Mann und fünf Sessel

Steinhofer Ungeist offenbart sich an einem weiteren Detail: dem „Aufenthaltsraum“ für die etwa 30 Nichtbettlägerigen. Es ist dies ein winkeliges Stück Korridor. Der kürzere Teil dieses Winkels ist etwa fünf Meter lang, der längere etwa sieben. Hier hat man einen Tisch und fünf Sessel aufgestellt. Vervollständigt wird das Inventar durch zwei verbeulte Blechnäpfe, in früherer Zeit das Eßgeschirr der Insassen. Sie dienen als Aschenbecher. Ansonsten nackte Wände, Zellentüren, vergitterte Fenster.

Hier dürfen also die Rädigen ihre Tage verbringen. 30 Mann dürfen sich die fünf Sessel teilen. Dürfen aus den vergitterten Fenstern starren, ein paar Schritte vor, ein paar zurück gehen. Auch hier: kein Lesestoff, keine Spiele, weder Radio noch Fernsehen. Der Autor hört die sarkastische Begründung für diesen Zustand: Die Insassen im Parterre haben eben in ihren Betten zu bleiben. Eine Infamie: Nüchterne Suchtkranke sind doch keine Krüppel! Sie haben unter Umständen leichte Entzugerscheinungen, zittern ein wenig, sind unruhig. Gerade deswegen aber können sie unmöglich tagelang im Bett liegen. Sie brauchen einen Tagraum.

Wegwerfende Handbewegung der Verantwortlichen: Wenn's ihnen bessergeht, kommen sie sowieso in den Stock hinauf. Da haben sie dann Tagräume.

Die beiden Tagräume im Stock: ein Alptraum an Häßlichkeit. Die üblichen fleckigen, nackten Wände, ein paar ausrangierte Tische. Jeder Wartesaal eines Provinzbahnhofs ist dagegen ein Muster zeitgerechter Innenausstattung.

Und überhaupt der Stock. Hier müssen die Leute um fünf Uhr früh aus den Schlafsälen. Und um 17 Uhr werden sie wieder hineingetrieben. Die meisten bekommen Psychopharmaka, Tranquillizer. Schlafen nachts dennoch sehr schlecht. Am besten noch gegen Morgen. Aber da werden sie aus den Betten gewiesen.

Daher kommt es im Stock zu einer Erscheinung, bei deren erstem Anblick es einen normal empfindenden Menschen siedend heiß durchfährt: Viele stehen ihre Schläfrigkeit tagsüber nicht durch. So lassen sie sich einfach auf den schmutzigen Boden fallen. Und schlafen da. Man muß diese Gestalten einmal gesehen haben, wie sie in ihren häßlichen grauen Anzügen wie die Toten auf dem Gang liegen – dann erst kann man Steinhof zutreffend klassifizieren.

Andere unterliegen wieder infolge der Medikation einem starken Bewegungszwang. Da es hier – im Gegensatz zu Gefängnissen – keinen allgemeinen Spaziergang in frischer Luft gibt, flutet über den Gang im Stock eine endlose Prozession grauer, gebeugter, schlürfender Menschen: vor – zurück, vor – zurück. Stumm, triste, resigniert...

Steinhof, Pavillon 8: Säufer, Giftler, Selbstmordgefährdete, in muffige, schlecht gewaschene, er-

bärmliche Fetzen gekleidet; von früh bis spät sich selbst überlassen; immer und überall mit Schmutz und Gestank konfrontiert; von nahezu jeder neuzeitlichen Psychotherapie ausgeschlossen; ständig rational nicht faßbaren Maßnahmen ausgesetzt – wahrscheinlich halten die Verantwortlichen diesen Zustand für erforderlich. Wahrscheinlich sehen sie chronischen Alkohol- und Suchtgiftmißbrauch für strafwürdig an. Wahrscheinlich sind sie für den Schutz der Gesellschaft vor diesen rädigen Brüdern.

Gut. So kann man die Dinge auch sehen. Aber dann gibt es doch wenigstens zu, Himmelherrgottnocheinmal! Nennt euch nicht Ärzte, wo ihr doch Verwahrer seid! Nennt uns nicht Patienten! Nennt eure dreckigen, rückständigen Anstalten nicht Krankenhäuser! Verschont uns mit diesem Hohn, wenigstens damit.

Und nun: Klagt mich bitte wegen Verleumdung!

Meine persönlichen Daten sind der Redaktion bekannt. Ich stehe zu jedem Detail, das ich hier behaupte. Zu jedem Zitat, das ich gebrauchte. Erklärt doch, die Verhältnisse, die ich geschildert habe, seien nicht so! Und klagt mich wegen Verleumdung! Ehrlich: Das wäre das Anständigste, was ihr tun könntet. Tut es, bitte!

Doch vielleicht zieht ihr es vor, zu diffamieren anstatt zu argumentieren. Da will ich euch gleich den Wind aus den Segeln nehmen:

Ja, ich bin ein Säufer. Ich habe – freiwillig und unfreiwillig – bereits zehnmal die Ehre gehabt, Gast in eurem verrotteten Etablissement zu sein. Und ich schäme mich dafür kein bißchen, nicht vor euch: Denn ich habe für diese meine Krankheit schwer und ehrlich gelitten, ohne einem Außenstehenden auch nur den geringsten Schaden zuzufügen.

Ich habe der Gesellschaft in den 16 Jahren meines Berufslebens erheblichen Nutzen gebracht. Ich bin ihr nichts schuldig, sollte ich zugrunde gehen.

Schuldig seid nur ihr mir etwas: Nämlich die menschenwürdige Behandlung, die ihr mir so oft versagt habt. Ihr seid sie allen schuldig, die bis zum heutigen Tag in eure Hände gefallen sind. □